Zeitschrift: Curaviva: Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 89 (2018)

Heft: 4: Sport : wie Bewegung und Training Körper und Seele guttun

Rubrik: Lohrs Legislatur : "Die Frage der Existenzsicherung bei den

Ergänzungsleistungen entzweit das Parlament"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Die Frage der Existenzsicherung bei den Ergänzungsleistungen entzweit das Parlament»

«Die Hemmschwelle,

EL zu beziehen,

ist immer noch

hoch. Das geht

oft vergessen.»

Die Debatte um die überfälligen Reformen bei den Ergänzungsleistungen verlief in der Frühjahrssession im Nationalrat in der Härte, wie es sich nach den Beschlüssen der vorberatenden Kommission abgezeichnet hatte. Ja, vereinzelt ging die konsequent gefahrene Linie der Schritte zur Eindämmung der Kosten sogar noch weiter. Mir persönlich ist das Thema der anrechenbaren Mietzinsmaxima sehr wichtig. Dass hier der massvolle Nachholbedarf auf einmal zumindest teilweise wieder in Zweifel gebracht wird, hat für mich etwas Hemmungsloses an sich. Wenn dann zusätzlich den Kantonen die Freiheit gewährt werden soll, die Beiträge nach eigenem Gutdünken zu senken, wird die Kombination noch gefährlicher.



«Vor Sozialabbau wird trotz guten Finanzabschlüssen des Bundes nicht zurückgeschreckt.»

Christian Lohr, Nationalrat CVP Thurgau, ist der einzige Rollstuhlfahrer im Bundesparlament.

Bei der Zielsetzung besteht Einigkeit

Gemäss Bundesverfassung besteht der klare Auftrag mit Ergänzungsleistungen die Existenzsicherung zu gewährleisten. Diese hat nun das Parlament entzweit, obwohl alle Seiten davon gesprochen haben, dass ein Leben in Würde für bedürftige Menschen das unbestrittene Ziel sein müsse. Wie viel es hierfür braucht, darüber scheiden sich die Geister.

Was meiner Ansicht nach bisweilen vergessen geht, ist die Tatsache, dass die Hemmschwelle, Ergänzungsleistungen überhaupt zu beziehen, durchaus noch hoch ist.
Es ist von dringlichen Strukturanpassungen die Rede gewesen, wie man heute Abbauziele zu benennen scheint. Ehrlicher und klarer scheint mir da schon die Botschaft, Fehlanreize beheben zu wollen bzw.

Schwelleneffekte korrigieren zu müssen. Das offenkundige Problem bleibt hier, dass fast jedes System früher oder länger solche Schwächen offenbart. Revisionsbedarf wird also so oder so schon bald wieder entstehen.

Eigenverantwortung zieht immer als Argument

Und am Schluss zahlt dann doch der Staat. Gesellschaftlich interessant fand ich die Diskussion um die Pensionskassenvorbezüge. Auch hier ist es durchaus sinnvoll, sich wieder einmal zu vergegenwärtigen, wie es die Bundesverfassung ursprünglich bei der finanziellen Sicherung im Alter vorgesehen hat. Nimmt man die Argumente Freiheit und Eigenverantwortung zur Hand, scheinen diese fast immer zu ziehen.

Viele, ja die meisten können mit ihrem Vermögen umgehen und verprassen es auch nicht einfach, daran hege ich keine Zweifel. Aber die anderen? Sie werden dann wohl einfach der Sozialhilfe überlassen. Schwieriger finde ich in der Tat den Aspekt, dass sich ein Leben nicht einfach so vorplanen lässt, sondern auch viele Unwägbarkeiten enthält. Deshalb

sind eigentliche Nachbestrafungen sicher kein allzu probates Mittel.

Sozialtourismus: Eine Herausforderung

Dem Ansinnen, Sozialtourismus durch gezielte Massnahmen Einhalt gebieten zu wollen, kann ich durchaus noch ein

gewisses Verständnis entgegenbringen. Die Schweiz mit ihren im internationalen Vergleich mehr als passablen Leistungszulagen mag durchaus eine Anreizwirkung nach aussen haben, die eingedämmt werden darf. Auf der anderen Seite lehne ich es jedoch schon konsequent ab, wenn auf diesem Weg gewisse Sozial- und weitere Abkommen mit anderen Staaten gleich per se

infrage gestellt werden. Solche Überlegungen reichen mir einfach immer wieder zu wenig weit. Den Weg über Karenzfristen gehen zu wollen, halte ich nicht für falsch.

Lastenverschiebungen nach unten sind unredlich

Das Fazit nach diesem Berner Frühling ist klar: Die Bereitschaft, eine harte Welle zu fahren, ist deutlich gestiegen. Vor Sozialabbau wird trotz positiven Finanzabschlüssen beim Bund nicht zurückgeschreckt.

Die angestrebten Kürzungen bei den Ergänzungsleistungen sind zum Teil der starken Kostenentwicklung der letzten Jahre geschuldet. Sie sind objektiv gesehen aber auch Ausdruck des schwindenden Vertrauens in die Empfängerinnen und Empfänger von sozialen Unterstützungsleistungen. Ihre Lebenssituation tendenziell zu verschärfen, empfinde ich als problematisch, da ich Lastenverschiebungen auf die nächst untere Ebene als unredliches Vorgehen entschieden ablehne. Der Ständerat wird an der einen oder anderen Stelle bestimmt noch nachbessern, konkret für mehr soziale Verträglichkeit sorgen.